

die heute jugendliche Personen von den Versammlungen ausschließen.

Der Vertreter des Zentrums, wiederum Herr Trimborn, fand den Entwurf wegen des Sprachenparagraphe unannehmbar, und auch gegenüber den sonstigen Bestimmungen fand dieser Redner scharfe ablehnende Worte, von denen man nur bedauern kann, daß sie neben entsprechenden Taten nicht schon zu der Zeit bemerkbar wurden, als das Zentrum noch im Vollbesitze parlamentarischer Macht war.

Schon! Wenn dann außerdem Herr Trimborn dafür wirken will, daß der „Brieffertab“ bei gewerkschaftlicher und politischer Agitation abgeschafft wird, aber derbe, dann kann es ja noch einigermaßen erträglich werden in Deutschland.

Ueber die Verpreuung Deutschlands, die sich nach diesem Entwurf über die Rheinlinie hinüber in bislang freierlicheren Gefilde erstreckt, wollte der nationalliberale Professor Sieber hinwegtäuschen. Aus bestehenden Bestimmungen Baden's und Württembergs führte er an, daß dort die Behörden Auskunft über Vereine und Anmeldung von Versammlungen verlangen können. Aber, so meinte Herr Sieber, die Regierungen dieser Länder seien vernünftig gewesen und hätten die Bestimmungen nicht angewandt.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Heine leuchtete auf Grund seiner bei den Arbeiterorganisationen gesammelten praktischen Erfahrung in die Herangehörigkeit dieser Willkür, welche dieser Entwurf, wenn er Gesetz werden sollte, nach der Seite der Redner, welche die Verteidigung des Entwurfs an nationalen Gründen unternehmen, hielt Heine entgegen, daß auch er national im Sinne der Erhaltung deutscher Weins und deutscher Eigentüm sei.

Im dritten Tage der Beratung kam der sozialdemokratische Abgeordnete Legien zum Wort. Er stellte unter anderem die, daß der Entwurf, der das Koalitionsrecht im Jahre 1867 regeln sollte, den Landarbeitern das Recht zur Vereinigung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Verhandlung geben sollte.

Im vierten und fünften Tage waren die Verhandlungen über den Entwurf zur Gründung des Reiches beendet. Die Verhandlungen über den Entwurf zur Gründung des Reiches wurden am 8. Januar 1870 beschlossen.

Die Stellung Preußens im Reich.

Als im Jahre 1870 im Reich die Verhandlungen über die Reichsverfassung im Gange waren, stand die Stellung Preußens im Reich im Vordergrund der Verhandlungen.

Die Verhandlungen über die Reichsverfassung waren im Jahre 1870 im Reich im Gange. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung waren im Jahre 1870 im Reich im Gange.

Wacht und Verlichtung, die den bedrückten deutschen Kleinrentner zu Barbarena-Gefängen auf den Schänen, Turn- und Sängersitz be-geißelte, schien Verwirklichung gefunden zu haben. Die amtierende Bureaokratie in Zivil und Uniform nahm für sich den Ruhm in Anspruch, daß ihr mit Blut und Eisen die Einigung Deutschlands geblüht ist, an der die 150 Professoren des 48er Parlaments in Frankfurt vergeblich herumgeredet hätten.

Der Umsturz der Parteiverhältnisse in der damaligen Situation löst sich dahin präzisieren, daß dem Bürgerium seine wirtschaftlichen Forderungen in weitem Maße befriedigt wurden durch die Gründung des Deutschen Reichs, und daß als Gegenleistung dafür die Bureaokratie die ungenügende Aufrechterhaltung des bürokratischen Regierungssystems mit Bevorrückung des Junkertums gewährleistet erhielt in den Einzelstaaten wie in den neugegründeten Institutionen des Reichs.

So behielt die amtierende Bureaokratie in Preußen, ungeführt durch demokratische Kritik, zunächst freie Hand in den öffentlichen Angelegenheiten, die den Einzelstaaten vorbehalten blieben, vor allem in der gesamten eigentlichen Landesverwaltung. Das Polizeiwesen, das Schulwesen, kirchliche Angelegenheiten, soweit sie nicht ohne Einmischung des Staats des Kultusgemeinden überlassen sind, aber auch die Ausübung der Gerichtsbarkeit im Strafrecht wie in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten blieben den Landesgerichtshöfen überlassen.

Nicht minder bedenklich sind aber auch die wirtschaftlichen Funktionen der Landesverwaltung. Das ungeheure Gebiet der staatlichen Forsten, der landwirtschaftlichen Betriebe in den Staatsdomänen; dann die Bergwerke und die Eisenbahnen, die seit deren Verstaatlichung in Preußen fast ganz und jenseits staatlich verstaatlicht wurden, — das alles liegt in den Händen der Bureaokratie.

Die Reichsregierung hat neben den Reichstagen, der aus allgemeinen Wahlen hervorgeht, einen „Bundesrat“ gestellt, der halb parlamentarische, halb bürokratische Funktionen ausübt, aber ganz bürokratisch zusammengesetzt ist. In wirklich parlamentarischen Staaten, wie England, ist das Ministerium nur ein Verwaltungsorgan des Parlaments, so daß es ein gegen das Ministerium gerichteter Widerstand des Unterhauses das Ministerium zur Amtsenthebung zwingt und die Führer der Opposition als Minister kommen, wie ja niemand überhaupt Minister werden kann, der nicht Mitglied eines der beiden Häuser des Parlaments ist.

Die Reichsregierung hat neben den Reichstagen, der aus allgemeinen Wahlen hervorgeht, einen „Bundesrat“ gestellt, der halb parlamentarische, halb bürokratische Funktionen ausübt, aber ganz bürokratisch zusammengesetzt ist. In wirklich parlamentarischen Staaten, wie England, ist das Ministerium nur ein Verwaltungsorgan des Parlaments, so daß es ein gegen das Ministerium gerichteter Widerstand des Unterhauses das Ministerium zur Amtsenthebung zwingt und die Führer der Opposition als Minister kommen, wie ja niemand überhaupt Minister werden kann, der nicht Mitglied eines der beiden Häuser des Parlaments ist.

Die Reichsregierung hat neben den Reichstagen, der aus allgemeinen Wahlen hervorgeht, einen „Bundesrat“ gestellt, der halb parlamentarische, halb bürokratische Funktionen ausübt, aber ganz bürokratisch zusammengesetzt ist. In wirklich parlamentarischen Staaten, wie England, ist das Ministerium nur ein Verwaltungsorgan des Parlaments, so daß es ein gegen das Ministerium gerichteter Widerstand des Unterhauses das Ministerium zur Amtsenthebung zwingt und die Führer der Opposition als Minister kommen, wie ja niemand überhaupt Minister werden kann, der nicht Mitglied eines der beiden Häuser des Parlaments ist.

Wo auch um die freihetliche und demokratische Entwicklung der Nation rascher vorwärts zu treiben, muß die Bahn frei gemacht werden für die Beeinflussung der preußischen Angelegenheiten durch das klassenbewusste Proletariat.

Zollpolitik und Sozialpolitik.

Das deutsche Volk hat in seiner Gesamtheit wenig Verständnis für die ihm aus der agrarischen Zollpolitik erwachsenden Gefahren gezeigt. Das kam am eindrucksvollsten bei der letzten Reichstagswahl zum Ausdruck. Trotz der vielen Hinweise, daß eine Stärkung der bürgerlichen politischen Parteien auch eine Förderung der unsocialen Zollpolitik, eine weitere Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel, und damit eine Mehrbelastung des Volkes mit sich bringen würde, haben die heute als Volksvertreter im Reichstage sitzenden, den bürgerlichen Parteien angehörenden Abgeordneten viele Stimmen aus Arbeiterkreisen erhalten, auch solche von kleinen Beamten, Bauern und sonstigen Personen des sogenannten Mittelstandes.

Nach Tisch liegt man es jetzt schon bedeutend anders. Treten die Preissteigerungen bei der Einführung der Marktpreise schon recht offensichtlich hervor, so kommen sie dem Arbeiter doch nicht voll zum Bewußtsein, weil er selten in der Lage ist, entsprechende Vergleiche anstellen zu können. Offensichtlicher und in der Wirkung stärker zeigt sich die Verteuerung der Lebensmittel dort, wo der Arbeiter durch die Konsumvereine selbst Käufer von Waren bei den Großhändlern ist und wieder Verkäufer an sich selbst, an die Konsumvereinsmitglieder.

Roggenmehl hat innerhalb zweier Jahre eine Steigerung von 9,50 Mk. auf 14,50 Mk. pro Zentner erfahren. Weizenmehl von 12 auf 15 Mk., oder pro Pfund um 5 bzw. 3 Pfennig. Butter hat eine Steigerung von 7 Pf. pro Pfund erfahren, Margarine um 4 Pf., Seife um 7—11 Pf., Kakaopfennig um 5 Pf. Mit dieser Steigerung der Getreidepreise hängen innig zusammen auch die Steigerungen vieler anderer Nahrungsmittel, so Graupen, Grieß, Hirse, Stärke, Gerste, Malz, Kaffee, Hafermehl, auch Zwieback, Lebkuchen, Biskuit usw. usw. Hülsenfrüchte, eines der nahrhaftesten Nahrungsmittel für die ärmeren Klassen, sind gewaltig im Preise gestiegen.

Der deutsche Mittelstand nimmt alle diese Lasten auf seinen schon gekrümmten Rücken und singt nur abends in der Stube sein Freiheitslied, läßt sich aber bei Wahlen von den nationalen Phrasendreschern überlöpfeln und wählt die Brotverteurer und Zollpolitiker. Doch auch die aus den Lebensmittelzöllen gewonnenen Reichseinnahmen scheinen das Versprechen der Fortführung der Sozialpolitik nicht erfüllen zu können. Auf der einen Seite: die ungeheure Steuerbelastung des Volkes durch die Zölle, auf der andern: die Witwen- und Waisenversicherung im weite Ferne gerückt. Die Berufsgenossenschaften hatten schon darauf gerechnet, daß sie nun noch mehr wie bisher die Hinterlassenen abwickeln könnten, daß Zweifelsfälle auch mehr als bisher von den Schiedsgerichten für Arbeitervertretung zu ihren Gunsten entschieden und der staatlichen Versicherung aufgeladen würden.

Verbandsnachrichten.

Donn. 10. Dezember ab gingen bei der Hauptkassa folgende Beträge ein: ...

Schluss: Montag, 16. Dezember, mittags 12 Uhr.

Die Notizkalender für 1908 sind vergriffen.

Wichtig! Die nachfolgenden Zahllisten haben noch Protokoll vom letzten Verbandstag ...

1. Protokolle von 1906, Stück: Erfurt 100, ...

2. Kalender für 1907, Stück: ...

Zusammensetzung zur Erhebung von Extrabeiträgen.

Fleisberg. 15 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder ...

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Buch-Nr. 214 806. Friedr. Hoffe, eingetr. 28. 10. 06 in Bremen. ...

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

Kreuzfeld. B. Franke, Weise 29. ...

Zahlstelle Eisenach.

Am 1. Weihnachtsfeiertage, abends 8 Uhr, findet im Lokale „Soreley“ eine Versammlung ...

Zahlstelle Marne.

Sonntag, den 29. Dezember 1907, nachmittags 4 Uhr: Mitglieder-Versammlung ...

Zahlstelle Minden i. W.

Am 2. Weihnachtsfeiertage findet für die Mitglieder unserer Zahlstelle ein gemeinsames Gewerkschafts-Fest ...

Einzelmitglieder von Wüßeln, bez. Dresden.

In der Zeit vom 21. bis 25. Dezember d. J. erhalten alle Kollegen und Kolleginnen, die durch Vorlesen des Krankenstands ...

Zahlstelle Pforzheim u. Umgegend.

Sonntag, den 12. Januar 1908, nachmittags 2 Uhr: Generalversammlung ...

Zahlstelle Wurzen und Umgegend.

Sonntag, den 29. Dezember, nachmittags 4 Uhr: Generalversammlung ...

Und weil die Arbeiter sich nicht ruhig knüppeln lassen, werden sie als Friedensbrüder bezeichnet.

Die Harmonieposten werden hoffentlich in Zukunft nicht wieder Arbeiter zu ihren Seiten einladen; ...

— Dumm, aber stark! Die „Arbeitgeberzeitung“ unterscheidet sich von andern Scharfmacherblättern durch eine gewisse Offenheit. ...

„Geben die Arbeiter das Recht der Offensive, so haben die Unternehmer dieses gleichfalls.“ Ein anderer Standpunkt befördert die in der öffentlichen Meinung häufig zu Tage tretende Ansicht von einer Ausnahmestellung der Arbeiterschaft; ...

Die Unternehmer müssen ebenfals wie die Sozialdemokraten nach einheitlichem Plan vorgehen, sie müssen „zielbewusst“ handeln. ...

Der Mensch, der das zusammengegriffene hat, entspricht zweifellos dem Krisenzeitgenossen Ideal: Dumm, aber stark! Das, was er will, probieren die Unternehmervorstände schon lange.

— Ein feiner Plan. Die Arbeitgeber der Dangeverbes hatten im Oktober dieses Jahres in einer außerordentlichen Generalversammlung einen Komplexplan gegen die Arbeiterorganisation entworfen.

— Die ungarische Landarbeiterorganisation und die Justiz. Drei Fünftel der Landarbeiter, die Genossen Ladényi, ...

Die Historikerorganisation richtet an alle Arbeiter des Reiches, die Geschäfte in ihrem Bereiche, die geistliche Sonntagsschule in den Schulen durchzuführen zu unterstützen.

— Einigung. Die Resolutionen des Wiener Parteitages betreffen die Einigungsanstrengungen für ersteinstufige Erträge.

Künftig ist bei den politischen Vereinen stelle sich dann heraus, daß die letzteren zwei erst kürzlich aus dem Buchhause entlassene Duzichen waren, wovon der eine wegen Verdrängung und der andere wegen Meinungs einige Jahre gefesselt hatte.

— Wilde Streiks. In der Nacht in voriger Nummer über wilde Streiks hatte der Einleiter einen beherzigenswerten Schlusssatz geschrieben, der leider aus Versehen weggeblieben ist.

Es muß aber auch an dieser Stelle gesagt werden, daß in diesem Sinne nicht mehr gewirtschaftet werden kann. Wir gehen so ersten Zeiten entgegen, daß wir alle Veranlassung haben, unter Rubrik zu sparen, und nicht jeden Tag neue Konflikte herauf zu beschwören für Leute, die sich immer erst in letzten Augenblicken daran erinnern, daß es einen Verband gibt, dem man sich anschließen habe.

Korrespondenzen.

Berichtigung. In unserer Kritik der Zustände in der Feueranzünderfabrik in Göttingen sendet uns der Inhaber derselben, Herr Bleichschmidt, folgende Berichtigung:

Berichtigung. Götting (S.-A.). In Nr. 49 Ihres Blattes „Der Proletarier“ vom 7. Dezember finde ich einen Artikel über „eigenartige Zustände in der Feueranzünderfabrik“. Der größte Teil dieser Ausführungen bezieht sich auf Unrichtigkeiten, ja auf groben Unwahrheiten, was mich veranlaßt, auf Grund beweisbarer Tatsachen folgendes festzustellen:

- 1. Es ist un wahr, was über Bezahlung verheirateter Arbeiter, ...

Als Beweis stelle ich die Tatsachen auf: ad. 1.: es werden bis 3 Mk. höhere Grundlöhne gezahlt, ...

Einzelnes aus der Berichtigung haben wir geteilt, weil wir nicht verpflichtet sind, Herrn Bleichschmidt unser Verbandsorgan zu veröffentlichen, so wenig wie wir es tun können, da es unser Verbandsorgan zu veröffentlichen verweigert hat.

Sammung ist es uns leider heute nicht möglich, die Berichtigung des Herrn B. zu veröffentlichen; wir werden das aber in der nächsten Nummer an der hochachtungsvollen Materialien nachholen.

* Kassel. Die Hauptversammlung des H. Schnell beschäftigt sich mit 100 Arbeiter und Arbeitinnen bei Lohn von 28—35 Pf. pro Woche. ...

* Hannover. In letzter Zeit hat unsere Organisation hier einen außerordentlichen Zuwachs erlitten. Das ist aber auch sehr erklärlich, denn die Arbeiterverhältnisse lassen wenig zu wünschen.

Rundschau.

— Eine Interessante Angelegenheit. Durch die Schrift „Der Kampf um die Arbeiterfrage“ ...

— Ein Mann, der die Arbeiterfrage mit Leidenschaft verfolgt, ist der Herr Dr. ...

— Die Arbeiterfrage in Hannover. In der letzten Nummer ...

— Die Arbeiterfrage in Göttingen. In der letzten Nummer ...

— Die Arbeiterfrage in Kassel. In der letzten Nummer ...

